



# Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



## AKTUELLES

**SoVD-Frauen diskutieren über Kinderarmut**

## SOZIALES

**Kassen zahlen Hautkrebs-Früherkennung**

## INTEG

**Workshop: Arbeitsmarktchancen für Jugendliche**

## AKTUELL

**Arbeitstreffen der Frauen im SoVD Niedersachsen / Ausstellung regt Diskussionen an**

### „Frauen- und Kinderarmut aktueller denn je“

Mit der Ausstellung „Ohne Arbeit kein Vergnügen“ eröffneten die Frauen im SoVD Niedersachsen am 29. Mai ihr viertes Frauenfrühstück.

Rund 50 Teilnehmerinnen folgten der Einladung nach Hannover. Darunter waren die niedersächsischen SoVD-Kreisfrauen Sprecherinnen, die frauenpolitischen Sprecherinnen aus den Landtagsfraktionen von SPD, Ulla Groskurt, und Bündnis 90/Die Grünen, Elke Twesten, sowie Vertreterinnen anderer Verbände.

Im Mittelpunkt des Arbeitsfrühstücks stand neben dem Thema Netzwerken der Vortrag von Evelyn Schuckhardt. Sie hatte 1997 die Ausstellung zusammen mit dem Verein Donna 45 und dem Zentrum für Frauen-Geschichte in Ol-



Teilnehmerinnen beim Vortrag im SoVD-Haus.

denburg konzipiert. „Und obwohl seitdem zehn Jahre vergangen sind“, sagt Schuckhardt, „ist das Thema Frauen- und Kinderarmut aktueller denn je.“ Der Abbau von sozialen Leistungen - und damit die Verschlechterung der Lebensbedingungen - habe in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Besonders Kinder seien nach Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

die Verlierer von Hartz IV, da das Leistungsniveau des Sozialgeldes nach dem SGB II geringer ist als das der früheren Sozialhilfe mit Regelsatz und den zusätzlichen einmaligen Leistungen.

An Zahlen machte Schuckhardt deutlich, was die Gesellschaft als sozial-kulturelles Existenzminimum für Kinder und Jugendliche definiert. Mit Einführung der Hartz IV-Gesetze seien zum Beispiel die

Regelsätze für Schulkinder erheblich gesenkt worden. 2005 sei der Satz der 7- bis 14-Jährigen zudem von 65 auf 60 Prozent des Eckregelsatzes gekürzt worden. Wäre er bei 65 Prozent geblieben, würde er heute 226 Euro betragen, nicht 208 Euro.

Auch waren vor Hartz IV die Zahlungen für Schulkinder von (sieben bis 14 Jahre) knapp ein Drittel höher als die für Säuglinge. Heute bekommen 7- bis 14-Jährige genauso viel wie Säuglinge. „Wir sehen hier erheblichen Handlungsbedarf. Diesen Punkt werden wir auf jeden Fall weiterhin in Gesprächen mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen erörtern“, sagt die stellvertretende SoVD-Landesfrauensprecherin Katja Krüger.

Die Ausstellung „Ohne Arbeit kein Vergnügen“ war bis Mitte Juni im Sozialinformationszentrum des SoVD-Hauses in Hannover zu sehen und ist beim Zentrum für Frauen-Geschichte e.V. in Oldenburg (Tel.: 0441/776990) gegen Gebühr ausleihbar. Sie bietet eine hervorragende Basis, um auch vor Ort mit der Politik und anderen Verbänden in den Dialog zu treten und die Problematik zu diskutieren.

Sozialabbau stoppen!



Alterswohnsitz?



**Eine wichtige Information für alle Kreis- und Ortsverbände in Niedersachsen: Wenn Aktionen zur bundesweiten Sozialstaatsinitiative durchgeführt werden, können beim SoVD-Landesverband Materialien dazu angefordert werden. Kostenlos erhält jede Gliederung ein Kampagnen-Paket mit elf großformatigen Plakaten. Darüber hinaus sind Informationsblätter, Unterschriftenlisten und Traubenzuckerwürfel mit dem SoVD-Logo, die an Unterstützer verschickt werden, enthalten. Bestellungen können unter Angabe des Orts und Datums der konkret geplanten Aktionen per Fax (0511/7014870) oder per Post bestellt werden: SoVD Niedersachsen, z.H. Frau Digna Dido, Herschelstr. 31, 30159 Hannover.**



Katja Krüger

## Fehlender Nachwuchs bei Allgemeinmedizinern

### Anreize für Ärzte schaffen

Der SoVD Niedersachsen warnt vor einem Rückgang der Zahl von Hausärzten. Nach Berechnungen der Kassenzärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) werden in den kommenden zwölf Jahren in Niedersachsen über 4.200 Ärzte in den Ruhestand gehen.

Ausreichender Nachwuchs sei im ambulanten Bereich jedoch nicht in Sicht. Besonders betroffen ist nach den KVN-Zahlen die hausärztliche Versorgung in den Landkreisen Gifhorn, Soltau-Fallingb. und im Emsland. Das geht aus der „Arztzahlprognose 2020“ der KVN hervor. 480 Hausärzte können sich demnach sofort in Niedersachsen niederlassen. Wenn die Entwicklung so weiterginge, würden in zwölf Jahren bis zu 1.000 Allgemeinmediziner fehlen.

„Wenn die Hausarztzahl weiter sinkt, hat das für ältere, sozial benachteiligte und nicht mobile Menschen äußerst negative Folgen. Die weiten Wege und höheren Transportkosten könnten letztlich dazu führen, dass diese

Menschen sogar auf Arztbesuche verzichten. Das darf man keinesfalls unterschätzen“, gibt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer zu bedenken.

„Gerade die eben genannten Betroffenen sind darauf angewiesen, dass sich Ärzte in ihrer Nähe niederlassen. Notfallpraxen wären keine Lösungen. Dagegen sollte darüber nachgedacht werden, die Fahrtkostenregelungen zwischenzeitlich zu erweitern. Auf ein Taxi zum Hausarzt haben derzeit nur noch wenige Menschen Anspruch, zum Beispiel bei besonderen Merkzeichen in ihrem Schwerbehindertenausweis. Diese Regelungen sollte man lockern, bis es wieder mehr Hausärzte in der Fläche gibt“, erläutert Bauer.

Nach Auffassung des SoVD-Landesverbandes ist die Linie der KVN richtig, Anreize für die Ansiedlung von Allgemeinmedizinern in strukturschwachen Gebieten Niedersachsens zu schaffen - auch finanzieller Art. „Am besten wäre es, die Hausärzte besser zu honorieren“, sagt Bauer abschließend.

Derzeit existieren in Berlin nach Erkenntnissen der SoVD-Bundesgeschäftsstelle offenbar weiterhin Bestrebungen zur Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Derartige Pläne müssen aus Sicht des Bundesverbandes und der Landesverbände verhindert werden, auch Diskussionen in der zuständigen Berliner Föderalismuskommission sollten zukünftig unterbleiben.

Der SoVD Niedersachsen wendet sich deshalb nun erneut an die Verantwortlichen in der Landespolitik, damit diese ihren Einfluss geltend machen, um eine Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten endgültig vom Tisch zu schaffen.

„Mit dem in der Vergangenheit formulierten Ziel der Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichten setzt die Landesregierung eindeutig auf falsche Pferd“, sagt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer angesichts der aktuellen Diskussion. Bereits im niedersächsischen Koalitionsvertrag

## Sozial- und Verwaltungsgerichte

### SoVD lehnt Zusammenlegung ab



Adolf Bauer

hatte sich die Regierung Wulff weiterhin für die Zusammenführung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit ausgesprochen.

„Die Bundesregierung hat diesen Plänen bereits eine klare Absage erteilt. Damit würde sich Niedersachsen nicht nur gegen den Bund stellen, sondern schlicht die Interessen der Menschen im Lande aus den Augen verlieren“, erläutert Landesvorsitzender Bauer, der zudem Präsident des SoVD-Bundesverbandes ist.

Es sei notwendig, dass soziale Angelegenheiten von spezialisierten Richterinnen und Richtern verhandelt würden. Im Sozialrecht existierten zahlreiche Verfahrensbesonderheiten, die es in der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht gebe und den dort Beschäftigten somit nicht vertraut seien, führt Bauer aus.

„Die Sozialgerichte haben sich in dieser Form bewährt und müssen eigenständig bleiben. Die Landesregierung sollte sich nun endgültig von dem im Koalitionsvertrag festgelegten Ziel verabschieden, sich auch in Berlin dagegen aussprechen und in Niedersachsen die wirklich wichtigen sozialen Fragen angehen“, fordert Bauer.